

Der Tageszeitung

UNABHÄNGIGES ÖSTERREICHISCHES VOLKSBLATT

Erstausgabe am 1. September 1918. — Bei Zustellung ins Haus monatlich 5.40 — ob Abholzeitung 5.30. — Inanspruchnahme Verlag der „T. Z.“, Innsbruck, Erlersstraße 5-7, Tel. Nr. 41/2.

Redaktions-Einstellungen in der Schriftleitung der „Tageszeitung“, Innsbruck, Erlersstraße 5-7, Telefon Nr. 33/5. — Druck: Wagner'sche Univ.-Buchdruckerei, ebendort.

Nr. 205

Samstag, den 7. September 1946

2. Jahrgang

Stimme zum Tag

7. September

In einer Unterredung, welche Außenminister Dr. Gruber dem Vertreter einer großen amerikanischen Nachrichtenagentur gewährte, findet sich der Satz, daß die österreichische Regierung sich Beharrlichkeit bei der Grundentscheidung einer Volksabstimmung für Südtirol versetzt. Diese Feststellung ist von großer Wichtigkeit, um jede Missdeutung auszuschließen, als ob sich die österreichische Delegation in Paris von einem Grundentscheid ablenken ließe, der die Billigung des gesamten österreichischen Volkes besitzt, weil er ihm eine Selbstverständlichkeit ist.

Unsere Abordnung in Paris hat sehr bald erfahren, daß das Beharren auf diesem Grundsatze bei den verschiedenen Delegationen und Staatsminister Mächte ein freundliches Verständnis findet, ohne daß damit auch die Möglichkeit eröffnet würde, ein für die Südtiroler ungünstiges Gespräch zu eröffnen. So war es klar, daß die Verhandlungen sich darauf beziehen mußten, den Südtirolern gesicherte Lebensmöglichkeiten zu verschaffen. Schon am 1. Herbst ist zum erstenmal Vertreter Südtirols nach Rom gegangen, um mit dem damaligen Ministerpräsidenten Wirth die Stellung Südtirols gegenüber, einschließlich der Stellung Südtirols zur Kultur- und Verwaltungsautonomie. Diese Lösung, die damals von der italienischen Regierung zurückgewiesen wurde, ist nun im Herbst in der Ausprägung des so genannten „Komplexes“ von einem österreichischen Recht und Macht zu finden. Alles ist zwischen Recht und Macht zu finden. Alles ist von der Selbstbestimmung des Südtirols zu Österreich zurückzuführen möglich. Die Außenminister aber hatten entschieden, daß Südtirol bei Italien verbleiben soll. Der Widerspruch, den dieser Beschluß in weiten Kreisen der Welt fand, ließ es sowohl dem Mächten wie dem Südtirolern selbst geraten erscheinen, einen Vergleich zu finden, durch den die wesentlichen Interessen Österreichs wie Italiens berücksichtigt werden könnten. Wir waren der Meinung, daß die österreichische Diplomatie, die durch ihre Aufklärungsarbeit die Stimmung der Weltöffentlichkeit wesentlich beeinflusst, ihre Verantwortlichkeit nicht nur in den Vorlesungen, die für die Südtiroler gehalten werden konnten, sondern in der Aufmachung dieser Lösung durch einen Staatsvertrag zwischen Österreich und Italien, der durch eine internationale Garantieklausel noch besonders verankert wird. Damit ist sowohl das moralische Recht Österreichs anerkannt, ebenso aber ist die zukünftige Entwicklung der Verhältnisse in Südtirol dem Südtirol selbst selbst in die Hand gegeben.

Die feierliche Esquadrone der Erniedrigungsverträge wird besondere Ermüdung herbeiführen. Sie besitzt eine Schande. Sie gibt den Heimatlösen, die sich nach der Erde der Väter sehnen, wiederum die schwache doppelt kostbare Heimat zurück. Wenn wir nicht unterliegen, so ist es gerade diese Bestimmung des Vertrags sehr stark und der Arbeit gebietet. Das letzte Wort über den Vertrag, den Dr. Gruber und Ministerpräsident Degasperis, ein Vertreter ihrer Regierungen geschlossen haben, liegt bei der Friedenskonferenz. Es ist jedoch kaum zu erwarten, daß es die Zustimmung der Mächte finden kann, nachdem England und Amerika sich Monoton zu einer solchen Vereinbarung zwischen Österreich und Italien geäußert haben.

Vor allem aber sei auf die dankenswerte Haltung der französischen Regierung verwiesen, die ohne Zweifel den Interessen der Südtiroler nicht unerheblich ist. Der Vertrag, den wir es zu veranlassen, daß im Herbst vorigen Jahres durch die Südtiroler in Innsbruck das Willensinteresse auf Südtirol gelenkt werden konnte. Als Österreichs Kontakt mit dem Südtiroler in Südtirolen besteht, besteht ausschließliche zu werden, ohne, was es wiederum der Oberkommandierenden General Heibauer, der in seiner bedeutsamen Rede vor der französischen Abordnung in Paris die Entscheidung der Außenministerkonferenz zugunsten Österreichs zu bekräftigen wünschte und dem Standpunkt des Rechtes und der Gerechtigkeit vor aller Welt noch einmal klar bekräftigte. Österreich hätte wohl keinen vernünftigeren Fürsprecher als ihn finden können.

Vereinbarung Dr. Gruber - Degasperis

Autonomie für Südtirol — Internationale Garantie — Rückkehr der Optanten Freier Warenaustausch

(Telephonbericht unseres Pariser Dr. L.-Korrespondenten)

Paris, 6. September. Die inoffiziellen Verhandlungen unserer Delegation mit der italienischen, vor allem mit dem italienischen Gesandten in London und Mitglied der italienischen Delegation, Carandini, die vor 14 Tagen begannen, führten nun nach einer Unterredung Außenminister Dr. Grubers mit dem italienischen Ministerpräsidenten Degasperis zu einer Einigung und einem abschließenden Vertrag. Der Vertrag wurde von Carandini in Rom, wo er vor 10 Tagen mit dem damals in der italienischen Hauptstadt weilenden Ministerpräsidenten Degasperis bezüglich des österreichischen Vorschlages eine Unterredung hatte, vorbereitet.

Er sieht die Autonomie Südtirols bis zur Salzburger Klausel, ausschließlich die Trentino, das die Italiener in ihren Autonomieplan einbezogen hatten, vor. Der seinerzeit zwischen Hitler und Mussolini geschlossene Vertrag über Südtirol soll nichtiger erklärt werden. Ein System des freien Austausches der landwirtschaftlichen Güter und Weine Südtirols einerseits und der für Südtirol notwendigen Güter österreichischen Ursprungs andererseits wird die Rückkehr der 70.000 Südtiroler, die ihre Heimat verlassen haben, sind in dem Abkommen vorgesehen.

Diese Abmachungen sollen durch eine Klausel über eine internationale Garantie bekräftigt werden. Man glaubt, daß diese Klausel die Zustimmung des Vierzehnten und der übrigen Nationen finden wird, doch sind Einzelheiten über den Inhalt der Klausel noch nicht bekannt. Es scheint jedoch, daß sie den Rahmen einer internationalen Schiedsgerichts im Zweifelsfall, wie es Australien und Südafrika für die Überwachung und richtige Durchführung der mit Italien und den Satelliten zu schließenden Friedensverträge vorgeschlagen hatte, nicht übersteigen wird.

Einzelheiten

Das über Südtirol erzielte Übereinkommen sieht im einzelnen vor:

1. Sicherung der deutschen Untertrachtensprache.
 2. Deutsch wird als Amtssprache anerkannt.
 3. Recht auf Wiederdeutschung deutscher Familiennamen, die unter dem faschistischen Regime italienisiert wurden.
 4. Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst.
- Dieses Abkommen sichert Südtirol ferner eine weitgehende regionale Autonomie der Legislative und Exekutive. Es gewährt einen freien Personal- und Warenaustausch zwischen Nord- und Ostitalien. Es verpflichtet außerdem die italienische Regierung den österreichisch-italienischen Grenzverkehr in der Weise zu erleichtern, daß die österreichische Wirtschaft durch den Verbleib Südtirol innerhalb der Grenzen Italiens keine materiellen Nachteile erleidet.

Dr. Gruber über das Abkommen

(TND) Paris, 6. September. (Radio) Außenminister Dr. Gruber gab folgende Erklärungen ab: Der Hauptvorteil der Hauptstadt Frankreichs in

Erklärungen Degasperis

Degasperis erklärte gestern abend gegen 9 Uhr in einer in der italienischen Gesandtschaft abgehaltenen Presskonferenz: „Ich kann augenblicklich noch keine Einzelheiten über das mit Außenminister Gruber getroffene Abkommen geben, doch bin ich überzeugt davon, daß die Südtiroler in Zukunft zufriedener sein werden als bisher.“ In italienischen Kreisen unterrichtet man, daß dieser Vertrag eine weitgehende Konzession bedeute, die die italienische Regierung sich entschloß, als Beitrag zum europäischen Frieden zu machen und die die Worte Degasperis, daß Südtirol eine Brücke zwischen Österreich und Italien sein soll, verwirklichen wird.

Stellungnahme der Mächte

Dr. Gruber und die österreichische Delegation entzogen sich bisher jeglichen Erklärungen. Man erwartet in der heute abend stattfindenden österreichischen Pressekonferenz Erklärungen der Südtiroler Delegation. In Kreisen der Konferenz hegt man keinen Zweifel, daß England, Amerika und Frankreich diesem zwischen der österreichischen und der italienischen Regierung geschlossenen Vertrag zustimmen werden. Besonders beliebt, für den die Südtiroler Frage durch die wiederholten Angriffe im Unterhaus und in der Presse unangenehm waren, wird sich durch diese Vereinbarungen merklich erleichtert fühlen. Was Rußland anbetrifft, so ist man sich über seine Haltung noch nicht im klaren. In der zwischen Gruber und Wyschinski stattgefundenen Unterredung jedenfalls wurde diese Frage nicht berührt. Doch zweifelt man in den Kreisen der sowjetischen Gesandtschaft nicht daran, daß Rußland zu den von Österreich und Italien vorgeschlagenen internationalen Garantien seine Zustimmung geben wird, vorausgesetzt, daß die Garantien nicht unter die Art allgemeiner Garantien für die Rechte der Minderheiten, die man absichtlich in den Friedensverträgen vermeiden will, fallen.

Heimat ermöglichen. Wir sind dabei von dem Grundsatze ausgegangen, daß man mit Worten allein nicht jemandes Recht sichern kann. Die Bereitschaft Italiens zur Herstellung befriedigender Verhältnisse war unbedingt nötig. Es war deshalb vom ersten Tage an unsere Aufgabe, diese direkte Fühlungnahme mit der italienischen Delegation aufzunehmen und davon zu überzeugen, daß eine Politik der Sicherung der Südtiroler Lebensrechte die maßgebende Voraussetzung für freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern sei, und daß auf internationaler Ebene das Prestige Italiens durch eine solche Regelung eines nicht zu unterschätzenden Zuwachs erfahren würde.

Die Südtiroler Volkspartei, die die überwiegende Mehrheit der Südtiroler repräsentiert, hat nach Paris eine bevollmächtigte Delegation entsandt, die es ermöglichen, eine ständige Gewährleistung darüber zu verschaffen, daß die vorgeschlagenen Bestimmungen auch wirklich den Ausgangspunkt gesunder und stabiler Verhältnisse in Südtirol schaffen können. Wir haben die gewisse Hoffnung, daß der Konferenz ein gemeinsamer Vorschlag Italiens und

(Fortsetzung auf Seite 2)

diesen Tagen liegt für uns in der Anwesenheit maßgebender politischer Repräsentanten aus nahezu allen Ländern. Wenn auch im Augenblick noch keine konkreten Verhandlungen für die Bereinigung der österreichischen Probleme lauten, ist es doch ganz klar, daß zunächst eine politische Atmosphäre des Verständnisses und womöglich der Freundschaft für Österreich geschaffen werden muß.

• Selbstverständlich steht im Vordergrund der Arbeit die Sicherung derjenigen österreichischen Interessen, die durch den italienischen Friedensvertrag berührt werden, vor allem die Südtirolerfrage. Wir haben uns von vornherein keine Täuschungen hingegossen. Es wurde uns auch in aller Form erklärt, daß unser Vorschlag einer Volksabstimmung keine Aussicht auf Annahme haben würde. Unverstehtbare Schwierigkeiten bei der Errichtung des neuen Friedensgebüdes stehen einer totalen Revision der Beschlüsse der Mächte im Wege. Es ist für uns von besonderer Wichtigkeit, von vornherein Sicherungen in dem Friedensvertrag einzubringen, die Südtirol vor einer weiteren Entnationalisierung schützen sollen und den heimatlösen Südtirolern die Rückkehr in ihre